

Europapolitik

Europa braucht neue Impulse

Das EU-Gipfeltreffen am 8./9. März in Brüssel ist der erste sichtbare Höhepunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Ende März wird auf einem EU-Sondergipfel in Berlin feierlich der Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 50 Jahren gedacht. Anlass genug, sich des europäischen Einigungsgedankens neu zu vergewissern und der EU neue Impulse zu geben.

Die deutsche Ratspräsidentschaft ist erfolgreich gestartet. Die ersten vertraulichen Gesprächsrunden mit anderen EU-Regierungen haben breite Zustimmung ergeben: Bis zur Europawahl 2009 soll der ins Stocken geratene europäische Verfassungsprozess erfolgreich zu Ende gebracht werden.

Wachstum stärken

Das Ziel der EU, bis 2010 der dynamischste Wachstumsmarkt der Welt zu werden, muss konsequent weiterverfolgt werden. Auch wenn es möglicherweise erst später erreicht wird. Das Wirtschaftswachstum innerhalb Europas ist im vergangenen Jahr von 1,7 auf 2,8 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsstaaten sank von 8,8 auf 7,3 Prozent: Dies sind massive Fortschritte, auf denen es aufzubauen gilt.

Das Europäische Sozialmodell stärken

Das erfolgreiche deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft sollte Leitbild des europäischen Sozialmodells sein. Die EU muss wie Deutschland für die Verbindung von wirtschaftlicher Leistungskraft und sozialem Ausgleich stehen. Wirtschaftlicher Erfolg ist dabei kein Wert an sich, sondern muss den Menschen dienen. Die europäischen Sozialstaaten sind durch die Globalisierung unter Druck geraten. Deshalb ist ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum für Europa unverzichtbar - in qualitativer Hinsicht ebenso wie in quantitativer.

Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sind dabei gleichrangige Ziele.

Europa handlungsfähiger machen

Um die Handlungsfähigkeit der EU zu sichern, will die Bundesregierung während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auch den unterbrochenen Prozess für einen Europäischen Verfassungsvertrag wiederanstoßen. Die Union der 25 ist mit dem bestehenden institutionellen Gefüge nicht zu steuern. Die EU braucht Strukturen, die die regionale Verantwortung stärker benennt und Europa institutionell handlungsfähig macht. Bis Juni will die deutsche Präsidentschaft deshalb einen Fahrplan vorlegen, wie es mit dem Verfassungsprozess weitergehen soll.

EU muss sich Grenzen setzen

Europa muss nicht zuletzt über seine Grenzen nachdenken. Nur so kann die EU wieder inneren Halt finden und die Akzeptanz bei den Bürgern zurückgewinnen. Dazu gehören Grenzen, um den Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und EU-Institutionen schärfere Konturen zu geben. Dazu gehören aber auch Grenzen bei der EU-Ausdehnung mit neuen Kooperationsformen unterhalb der EU-Mitgliedschaft sowie Grenzen bei der Vorstellung, aus der EU einen Bundesstaat zu machen.

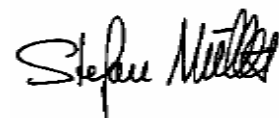
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die jüngsten Diskussionen um eine frühzeitige Haftentlassung der RAF-Terroristen Mohnhaupt und Klar tragen eine Reihe bedenklicher Züge. Kann es wirklich angemessen sein, die RAF-Terroristin Mohnhaupt auf freien Fuß zu setzen, obwohl sie bis heute keinerlei Beitrag zur Aufklärung der zentralen Frage geleistet hat, wer Hanns-Martin Schleyer tatsächlich ermordet hat? Ich hielte eine klare Benennung der Täter für ebenso notwendig wie ein öffentliches Reuebekenntnis und eine Entschuldigung bei den Familien der brutal Ermordeten. Bis heute warten die nächsten Angehörigen der RAF-Opfer, zu denen auch einfache Polizisten und Fahrer gehörten, auf ein Zeichen der Reue und der Entschuldigung. Ich habe großes Verständnis dafür, wenn weite Teile der Bevölkerung in der frühzeitigen Haftentlassung eine Ohrfeige für ihr Rechtsempfinden sehen.

Völlig grotesk ist in jedem Fall die Einschätzung etwa der Grünen-Vorsitzenden Claudia Roth, die in der Mohnhaupt-Entlassung ein „starkes Zeichen der Aussöhnung“ zu erkennen vermag. Von wem anders als von den RAF-Terroristen hätte dieses Zeichen eigentlich ausgehen müssen?

Noch drastischer liegt der Fall des RAF-Terroristen Klar. Nach seinen neuerlichen Tiraden gegen unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wäre eine Begnadigung ein wirklich fataler Schlag gegen das Rechtsbewusstsein einer überwältigenden Mehrheit. Mit seinem ganz im Kampf-Jargon der alten RAF verfassten Grußwort an die Berliner Rosa-Luxemburg-Konferenz hat er seinem eigenen Gnadengesuch jegliche Grundlage entzogen. Wer so unbelehrbar ist wie er und wem jeder Funke an Reue fern liegt, der darf nicht erwarten, auch noch begnadigt zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Müller MdB



Airbus-Sanierungskonzept

Politischer Einsatz hat sich gelohnt

- Schmerzliche Einschnitte unvermeidbar -

Zweifellos hat der Einsatz der Bundesregierung, allen voran unseres Wirtschaftsministers Michael Glos, bei der milliardenschweren Sanierung des europäischen Flugzeugbauers Airbus Schlimmeres verhindert. Der erfolgreiche Einsatz lag im nationalen Interesse. Lasten und Zukunftschancen werden nach dem Sanierungskonzept zwischen Deutschland und Frankreich fair verteilt. Die Entscheidungen des Managements sind mit schmerzlichen Einschnitten für die Beschäftigten verbunden. Das ist zu bedauern. Die Entscheidungen mussten aber getroffen werden, um noch größere Airbus-Turbulenzen zu vermeiden. Die Beschlüsse müssen nun zügig umgesetzt werden.

Das Sanierungsprogramm «Power8» ist ein ausgewogenes Konzept für die notwendigen Kostensenkungen und Restrukturierungen bei Europas führendem Flugzeugbauer. Die deutschen Interessen sind vernehmbar in die Verhandlungen eingebracht worden, weil die Akteure auf deutscher Seite - Anteilseigner, Länder und Bund - sehr einig und geschlossen aufgetreten sind. Politische Unterstützung war notwendig und förderlich, um Interessen gegen-

über der Unternehmensleitung klar abzustecken.



Mit dem Sanierungskonzept geht es um die langfristige Zukunftssiche-

rung des Unternehmens und damit eines gesamteuropäischen Projektes. Es gibt nichts zu beschönigen. Für einen Teil der Beschäftigten wird es schmerzhaftes Einschnitte geben. Andererseits ergeben sich neue Chancen für die künftige technologische Kompetenz an den deutschen Standorten. Für Deutschland konnten wichtige Produktionsanteile gesichert werden.

Diese Woche

Europapolitik Europa braucht neue Impulse	S. 1
Airbus-Sanierungskonzept Politischer Einsatz hat sich gelohnt	S. 2
Jugendschutz Kinder vor „Killerspielen“ schützen	S. 2
Familienförderung Ausbau der Kinderbetreuung gerecht gestalten	S. 3
Steuerpolitik Unternehmensteuerreform ins Ziel führen	S. 4
Umweltschutz / Kraftfahrzeuge Förderung von Rußpartikelfiltern beschlossen	S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Jugendschutz

Kinder vor „Killerspielen“ schützen

Mediengewalt trägt erwiesenermaßen zur Gewaltbereitschaft bei. Studien zum Zusammenhang zwischen Computerspielen und Gewaltbereitschaft zeigen: Gewalttätige Spiele begünstigen aggressives Verhalten, aggressive Gedanken und Gefühle. Gewaltbeherrschte Computerspiele, Videos und DVDs dürfen nicht länger als Teil der Freizeitkultur von Kindern und Jugendlichen hingenommen werden. Daher unterstützt die CSU-Landesgruppe die Regierungspläne ausdrücklich, die Abgabe gewaltdominierter Trägermedien per Gesetz für Jugendliche zu untersagen.

Der Jugendmedienschutz muss gestärkt werden. Derzeit werden extrem gewaltgeneigte Spiele in der Praxis nur mit einer Altersbeschränkung versehen und nicht gänzlich indiziert. Ein strafrechtliches Vorgehen fehlt bislang völlig. Dieser Missstand muss beseitigt werden.

Wenn die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) eine Altersbeschränkung vorgibt, wird die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien nicht mehr tätig. Nur die Bundesprüfstelle könnte jedoch Indizierungen vornehmen. Dieser Weg muss wesentlich konsequenter beschritten werden. Nur dadurch sind eine Ächtung von Killerspielen und

wirksame Werbe- und Vertriebshindernisse zu erreichen.

Das Verbot von „Killerspielen“ ist ein wesentlicher Faktor in der Auseinandersetzung mit der Gesamtproblematik. Nötig ist darüber hinaus eine Strategie zur Entwicklung von Medienkompetenz bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Ein unabhängiger und kritischer Umgang mit Medien ist eine der großen Herausforderungen im digitalen Zeitalter. Dieser muss erlernt werden, er kann nicht einfach vorausgesetzt werden. Die Vermittlung von Medienkompetenz muss in den Bildungskonzepten fest verankert werden.

Familienförderung

Ausbau der Kinderbetreuung gerecht gestalten

Mit dem Elterngeld und der steuerlichen Berücksichtigung von Betreuungskosten hat die Große Koalition bereits wichtige familienpolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Einig sind sich CDU, CSU und SPD auch in dem Ziel, die Betreuungsangebote für Kinder auszubauen. Bei der Finanzierung von mehr Kleinkinderbetreuung in öffentlichen Einrichtungen dürfen jedoch diejenigen Familien nicht bestraft werden, die ihre Kinder selbst erziehen.

Müttern und Vätern dürfen keine Lebensmodelle vorgeschrieben werden. Es müssen vielmehr familienfreundliche Bedingungen für möglichst freie Entscheidungen und möglichst viel Wahlfreiheit geschaffen werden. In Bayern bleibt in 30 Prozent der Familien ein Elternteil zuhause, um sich der Erziehung der Kinder zu widmen. Andererseits ist die Erwerbsquote von Frauen in keinem anderen Bundesland so hoch wie in Bayern. Beiden Familienbildern muss entsprochen werden.

Nach der Schaffung des Elterngeldes ist es konsequent, wenn den Eltern im Anschluss an diese Phase ausreichende Kinderbetreuungsangebote unterbreitet werden. Dabei geht es der CSU aber um eine absolute Wahlfreiheit, bei der die Eltern über die Art und Weise der Kinderbetreuung

entscheiden. Eine einseitige Betonung von Kinderkrippen widerspricht dem familienpolitischen Leitbild der CSU.

Eine Erhöhung der Betreuungsplätze um etwa 750.000 verursacht Mehraufwendungen von etwa 3 Mrd. Euro. Die gegenwärtigen Finanzierungsvorschläge der SPD zum Ausbau der Kinderbetreuung liefern letztlich darauf hinaus, dass die Familien die Verbesserungen selbst zu finanzieren hätten. Diese Pläne stoßen deshalb auf einhellige Ablehnung auch aller Familienverbände.

Der Vorschlag der SPD zur weitgehenden Beschränkung des Ehegattensplittings ist ungerecht und wirft verfassungsrechtliche Fragen auf. Er ist ungerecht, weil von einer Kappung ältere Ehepaare betroffen wären, deren Kinder bereits erwach-

sen sind und die damit als kinderlos gelten. Der Vorschlag stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken, weil Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen, der auch in einem besonderen rechtlichen Status zum Ausdruck kommt. Auch die von der SPD in die Diskussion gebrachten Abstriche bei künftigen Kindergelderhöhungen und bei anderen familienpolitischen Leistungen sind unsozial. Im Endeffekt müsste eine Familiengruppe für eine andere Familiengruppe bezahlen.

Vor Schnellschüssen bei der objektiv schwierigen Finanzierungsfrage eines Ausbaus der Kinderbetreuung ist zu warnen. Zunächst sollten jetzt das gesamte familienpolitische Instrumentarium durchleuchtet und Möglichkeiten eines effizienteren Mitteleinsatzes geprüft werden.

Arbeitsmarkt

Februar 2007

Positive Entwicklung setzt sich fort

Jahresvergleich zu 02/06

Rückgang der Arbeitslosigkeit - 826.000

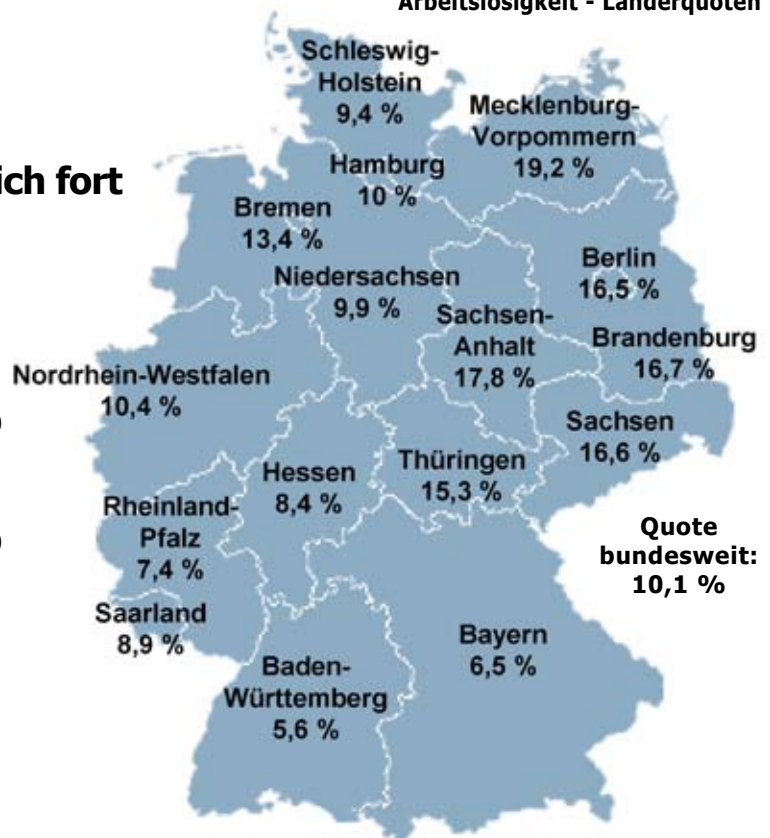
Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

+ 452.000

Jahresprognose:

Rückgang der Arbeitslosigkeit unter die 4 Mio-Marke

Arbeitslosigkeit - Länderquoten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Steuerpolitik

Unternehmensteuerreform ins Ziel führen

Die deutschen Unternehmen müssen im internationalen Steuerwettbewerb bestehen können. Die große Koalition hat deshalb im letzten November eine feste Vereinbarung zu Eckpunkten einer Unternehmensteuerreform getroffen, die zum 01.01.2008 in Kraft gesetzt werden soll. Das Unternehmensteuerrecht muss grundlegend fortentwickelt und international wettbewerbsfähige Steuersätze realisiert werden. Bessere steuerliche Rahmenbedingungen braucht vor allem der Mittelstand. Forderungen aus der SPD nach einem Aufschüren des bisher vereinbarten Pakets würden das gesamte Werk in Frage stellen. Deshalb ist die Führung des Koalitionspartners jetzt gefordert, das Reformwerk entschlossen und erfolgreich ins Ziel zu führen.

Mit der Reform der Unternehmensteuer soll der Aufschwung auf ein festes Fundament gestellt werden. Die Reform entlastet in erster Linie den Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft – nicht zuletzt, damit neue Arbeitsplätze entstehen.

Niedrigere Steuersätze verbessern die Position deutscher Firmen im internationalen Standortwettbewerb. Die steuerliche Gesamtbelastung der Unternehmen soll nach über 10 Jahren erstmals vom europäischen Höchstsatz von bisher 39 Prozent auf unter 30 Prozent sinken. Die verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen sind auch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wieder vermehrt internationale Unternehmen in Deutschland investieren. Das schafft unter dem Strich neue Arbeitsplätze und steuerliche Mehreinnahmen.

Der Mittelstand braucht steuerliche „Waffengleichheit“. Über 80 % der deutschen Firmen werden als Personengesellschaften geführt. Über eine steuerliche Förderung der einbehaltenen Gewinne sollen diese

mittelständischen Unternehmen in gleichem Maße von den niedrigeren Steuersätzen profitieren wie große Konzerne, also Kapitalgesellschaften. Dies stärkt die Investitionsbasis und Eigenkapitalquote des Mittelstands. Die vereinbarte und zielgenau ausgestaltete steuerfreie Rücklage stärkt kleine und mittlere Unternehmen.

Insgesamt soll die Wirtschaft um 30 Milliarden Euro entlastet werden, von denen 25 Mrd. Euro im Unternehmensteuerbereich gegenfinanziert werden müssen. Nur so kann die steuerliche Einnahmefähigkeit für die öffentlichen Haushalte gesichert werden. Die Gewerbesteuer bleibt in veränderter Form erhalten, zugleich werden Steuerschlupflöcher geschlossen. Die Gewinnverlagerung ins Ausland soll eingedämmt werden.

Ein wichtiger Verhandlungserfolg: Im Zuge der Bekämpfung der Gewinnverlagerung konnte eine erhebliche Besteuerung der unternehmerischen Substanz verhindert werden.

Zwischen CDU, CSU und SPD ist eine steuerliche Netto-Entlastung der Unternehmen um 5 Mrd. Euro vereinbart. Dieses Entlastungsvolumen wird im ersten Jahr naturgemäß höher liegen, weil die steuerlichen Maßnahmen zur Gegenfinanzierung erst in den Folgejahren voll greifen können. Gegen diese anfänglich höhere Netto-Entlastung regt sich in Teilen der SPD nunmehr Widerstand. Es wäre jedoch ein verheerendes Signal an die deutsche Wirtschaft und an ausländische Unternehmen, die Steuersätze nicht unter die magische Grenze von 30 % zu senken. Wer diesen zentralen Baustein aus dem Reformwerk herausbrechen will, gefährdet das Gesamtwerk.

Die SPD-Führung und Finanzminister Steinbrück sind deshalb gefordert, dieses wichtige Projekt zur Stärkung von Wachstum und Arbeitsplätzen entschlossen und erfolgreich ins Ziel zu führen. Der vorliegende Gesetzentwurf bietet hierfür eine gute Grundlage. Letzte wichtige Detailfragen müssen nunmehr gründlich, aber absehbar zügig geklärt werden.

Umweltschutz / Kraftfahrzeuge

Förderung von Rußpartikelfiltern beschlossen

Der Bundestag hat grünes Licht für die Pläne zur Verminderung der Feinstaubbelastung in Deutschland gegeben. Am Donnerstag beschloss das Parlament in Berlin eine entsprechende Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Die steuerliche Förderung von Dieseldieselrußpartikelfiltern in Kraftfahrzeugen ist ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz.

Als Anreiz für einen nachträglichen Einbau von Rußpartikelfiltern in Diesel-Pkw vorgesehen ist eine Befreiung von der Kfz-Steuer bis zu einem Betrag von 330 Euro.

Die Steuerbefreiung soll ab 1. April für Fahrzeuge gelten, deren Erstzulassung bis Ende vergangenen Jahres

erfolgt war und die zwischen Anfang 2006 bis Ende 2009 nachgerüstet wurden. Für nicht nachgerüstete Autos, die bis Ende 2006 erstmals zugelassen wurden, soll dagegen vom 1. April 2007 bis zum 31. März 2011 eine um 1,20 Euro je 100 Kubikzentimeter erhöhte Steuer gezahlt werden.

Gleiches soll für neu zugelassene Pkw gelten, die den voraussichtlichen Euro-5-Grenzwert nicht erreichen. Die mögliche steuerliche Mehrbelastung wurde auf Betreiben von CDU und CSU auf den 1. April 2007 verschoben, so dass betroffene Dieselfahrzeuge noch rechtzeitig nachgerüstet werden können.